

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Gemeinsames Extrablatt

15. Juni 81

Erklärung des Zentralkomitees der KPD zur Lage in der Eisen- und Stahlindustrie

Stoppt den Kahlschlag in der Stahlindustrie!

Stahlarbeiter!
50 000 Arbeitsplätze wollen die Herren von Stahl und Eisen in den nächsten drei bis vier Jahren hier bei uns vernichten!

Milliardenwerte, die durch eurer Hände Arbeit geschaffen wurden, sollen im Interesse des Profits einiger weniger vernichtet werden!

Neben der unsicheren Möglichkeit vielleicht über Sozialpläne altersbedingt auszuscheiden, droht Tausenden die Entlassung. Hoesch, Klöckner und Krupp haben dies schon angedroht. Darüber hinaus bedeutet jeder Arbeitsplatz in der Eisen- und Stahlindustrie weniger, auch ein bis zwei weniger in anderen Bereichen. Das schränkt die Verdienstmöglichkeiten der Frauen ein, das bedeutet den Abbau von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen auch für die nachwachsende Generation!

Die Bosse der Deutschen Bank, die Bosse in den Zentra-

len der Stahlkonzerne wollen uns diese Maßnahmen verkaufen mit der Begründung, sie seien im Interesse der „Sicherung der übrigen Arbeitsplätze“ nötig. Doch die Erfahrungen zeigen, daß trotz Abbau von über 100 000 Mann seit 1965, auch heute keiner von Euch weiß, wie lange er noch seinen Beruf ausüben kann.

In ihrem Wettkampf mit den anderen europäischen, den amerikanischen und besonders den japanischen Stahlmonopolen will man euch vor den Karren des „Endes der Subventionen im übrigen Europa“ spannen. Dabei sieht der Davignon-Plan doch vor, insgesamt 40 Millionen Tonnen Stahlkapazität in der ganzen EG abzubauen. 100 000 Stahlarbeiter aus Frankreich, Italien, Großbritannien, Italien usw. stehen genau wie Ihr im Kampf gegen die Stilllegungspläne ihrer Bosse, gegen die Unterstützung dieser

Pläne durch die jeweiligen Regierungen. Nicht —, wie teilweise auch vom Vorstand der IGM verkündet — Kampf der deutschen Stahlarbeiter gegen die Stahlarbeiter von British Steel, Unisor, Cockerill, Italsider usw. darf die Parole sein, sondern konsequenter Kampf der Stahlarbeiter Europas und ihrer Gewerkschaften gegen die Vernichtung von 150 000 Arbeitsplätzen in der EG muß die Lösung sein. „Japanische Verhältnisse“ sollen hier durchgesetzt werden, das heißt weitere Konzentration, weitere Erhöhung des Leistungsdrucks in den Betrieben — damit wollen die Stahlbarone ihren Konkurrenten wieder überlegen werden.

Dabei kalkulieren die stärksten Monopole, wie z.B. Thyssen, kaltblütig den Tod der schwächeren, wie z.B. Klöckner oder Hoesch, ein — hoffen sie doch, dann das Fell unter sich aufteilen zu können. Im nationalen, wie im internationalen Maßstab bedeuten für sie jeder weitere geschlossene Hochofen, jedes nicht mehr produzierende Stahlwerk oder Walzwerk, jeder Konkurrent weniger, eine Möglichkeit mehr, die Produktions-, Absatz- und Profitquote zu erhöhen.

Stahlarbeiter!
Dagegen hilft nur entschiedene Gegenwehr — die KPD und ihre Betriebszellen in den Stahlbetrieben werden dabei, wie in der Vergangenheit, an eurer Seite stehen.

Aufgabe der Gewerkschaft, der IGM, wäre es, diesen Kampf zu organisieren, gegen den Angriff der Stahlbarone die Kraft der organisierten Stahlarbeiter ins Feld zu führen.

Die vorherrschende Richtung innerhalb der IGM aber, will weiter mit dem Mittel der Sozialpläne, mit Abfindungen usw. die anstehenden Probleme lösen — dies kann uns nur in die Sackgasse führen. Das Vertrauen auf die über die Montanmitbestimmung abgesicherte Einflußnahme auf die Aufsichtsräte hat den versprochenen Bau des Stahlwerks in Dortmund bis heute nicht durchsetzen können — im Gegenteil — es ist ferner als je zuvor. Während des Stahlarbeiterstreiks wurde — trotz Mitbestimmung und Arbeitsdirektoren — die brutale Aussper-

rung von allen Vorständen durchgeführt. Jetzt stehen Massenentlassungen vor der Tür — trotz Mitbestimmung! Und was nützt uns die Montanmitbestimmung, wenn die eigentlichen Herren in der Eisen- und Stahlindustrie, die Deutschen-Bank-Bosse, den Geldhahn zudrehen?

Gerade der Kampf für die 35-Stunden-Woche hat gezeigt, welche Solidarität im Kampf unter den Stahlarbeitern aller Betriebe, darüber hinaus von der werktätigen Bevölkerung der Stahlreviere insgesamt möglich war. Diese Kraft der Arbeiterklasse muß zur Sicherung unserer Existenz eingesetzt werden.

Wir meinen, daß der Weg der Sozialpartnerschaft, der Weg des „wir sitzen doch alle in einem Boot“ verlassen werden muß, daß im entschiedenen Kampf gegen die Neustrukturierungspläne der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie durch das Finanzkapital, unsere Interessen an Arbeitsplätzen durchgesetzt werden müssen.

Die Vertröstung auf neue Arbeit, neue Industrien, die man schaffen müsse, sie sind doch im Saarland, in Dortmund und anderswo wie Seifenblasen zerplatzt! Der Verweis auf die leeren Kassen ist doch Hohn, angesichts der Milliarden, die in Rüstungsprojekte wie den Tornado, die Durchführung der Nachrüstungsbeschlüsse gesteckt werden!

Das Verhindern von Schwierigkeiten für die Bundesregierung, die Rücksichtnahme auf die sozialliberale Koalition — was helfen sie uns, wenn diese Regierung genau die Politik des sozialen Abbaus, der weiteren Aufrüstung betreibt, die ein Herr Strauß gerne hat — dem wir aber gerade deshalb die Stimme bei der Bundestagswahl nicht gegeben haben!

Die KPD unterstützt deshalb folgende Forderungen, deren Durchsetzung sie angesichts der Krise in der Eisen- und Stahlindustrie für dringend notwendig hält:

- Die Vergabe von Steuergeldern an die Konzerne muß verbunden werden mit Arbeitsplatzgarantien!
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- Senkung des gesetzlichen Rentenalters für alle Stahlarbeiter auf 55 Jahre, bei voller Rentenzahlung wie mit 63!

Wenn der IGM-Vorstand in seinen Vorschlägen zur Lösung der Krise in der Eisen- und Stahlindustrie fordert, der Schließung von Werken erst zuzustimmen, wenn in ausreichendem Maß und in erreichbarer Nähe neue Arbeitsplätze tatsächlich geschaffen sind, so ist das gut und richtig. Wenn wir uns aber die einstimmige Zustimmung der mitbestimmten Hoesch-Aufsichtsräte zum weiteren Abbau von über 7 000 Arbeitsplätzen ansehen, in dem immerhin mit Hans Preiß und Lutz Dieckerhoff zwei führende Vorstandsfunktionäre der IGM sitzen, so fragt sich, ist diese Forderung das Papier wert, auf dem sie geschrieben ist? Wenn man es damit ernst meint, so muß doch die Verpflichtung für alle Arbeitnehmervertreter in den Aufsichts- und Betriebsräten lauten:

- Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!
- Keine Zustimmung in Aufsichts- und Betriebsräten zur Schließung von Werken und

Fortsetzung Seite 2 oben

50 000 Stahl-arbeitsplätze weg?

KRUPP

~~5000~~

Thyssen

~~10000~~



MANNESMANN
AKTIENGESELLSCHAFT
HOTTENWERKE

~~4000~~

HOESCH

~~10000~~

KLÖCKNER

~~5000~~

**Peine
Salzgitter**

~~6000~~

ARBED (Saar)

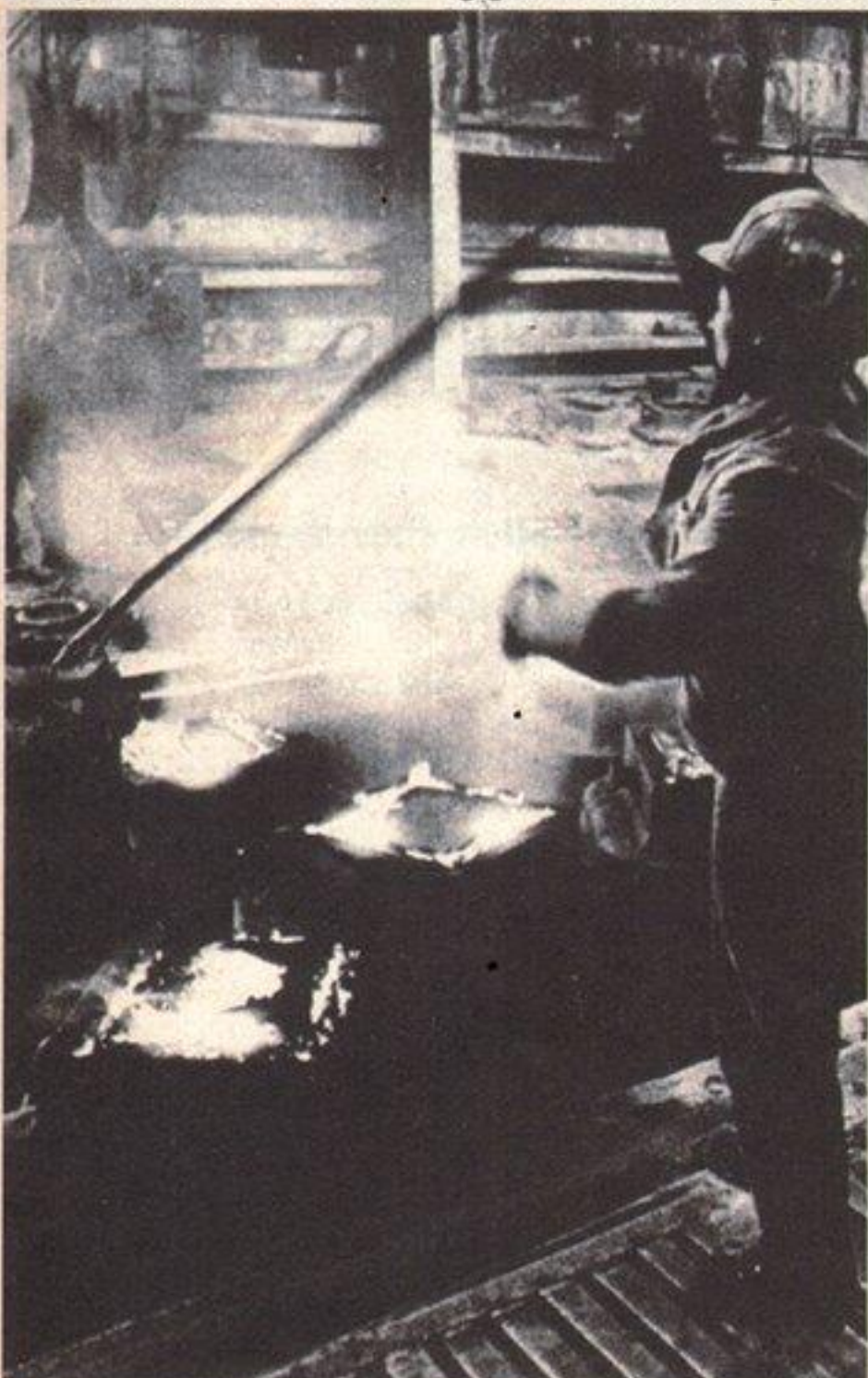
~~10000~~

WAZ 8.4.1981

Deutsche Bank gedeiht in jeder Zinslandschaft

„Die unterschiedliche Entwicklung des Spitzentrios in der deutschen Kreditwirtschaft drückt sich auch in der Dividendenpolitik aus: Die Anteilseigner der Commerzbank gehen für 1980 leer aus, die Dresdner Bank kürzte ihre Dividende von 9 auf 6 DM je Aktie, dagegen erhöht die Deutsche Bank von 9 auf 10 DM. An dieser neuen Konstellation dürfte sich auch für das laufende Jahr wenig ändern.“

Deutlicher ist der Höhenflug der Deutschen Bank gegenüber der Konkurrenz an der Gewinn- und Verlustrechnung abzulesen. Als einzige der drei großen Institute konnte sie wiederum die Zinsmarge und damit die wichtigste Gewinnquelle in der Kreditwirtschaft ausdehnen, und zwar von 2,47 auf 2,59 Prozent.“



Erklärung des Zentralkomitees der KPD zur Lage in der Eisen- und Stahlindustrie

zum Abbau von Arbeitsplätzen, solange nicht tatsächlich neue Arbeitsplätze geschaffen sind, was praktisch den Aufbau neuer Betriebe bedeutet!

Darüber hinaus meinen wir, ist es notwendig, die Kampfkraft der Belegschaften in den Hütten der Stahlreviere bis hin zu Streiks und Betriebsbesetzungen zu organisieren, um den Angriffen der Monopole die ganze Macht der Stahlarbeiter entgegenzusetzen. Nur durch diesen Druck kann der geplante Kahlschlag ganzer Regionen gestoppt werden!

Viele Kollegen meinen, daß den Stahlbaronen, die Zigtausende Arbeitsplätze vernichten, die dazu noch Steuergelder für weitere Rationalisierungen verlangen, eigentlich die Betriebe aus der Hand genommen werden müßten.

Wir Kommunisten meinen: Um sicherer Arbeit für uns und unsere Kinder zu bekommen, um die Produktion von Stahl und allen anderen Gütern wirklich planmäßig entwickeln zu können, ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse selbst die Macht im Staat hat, daß sie selbst Herr der Produktion ist. Deshalb treten wir ein für ein sozialistisches Deutschland. Der sozialistische Staat, als Staat der Arbeiterklasse, wird diese Konzernherren enteignen, ihnen ihre Macht über die Produktionsmittel nehmen.

Aber auch heute schon haben wir die Möglichkeit, unsere Interessen im Kampf gegen die Stahlbarone durchzusetzen. Wenn die IGM zu Recht feststellt, daß eine politische Lösung der Krise der Eisen- und Stahlindustrie gefunden werden muß, daß die privatwirtschaftlichen Lösungsmöglichkeiten zu weiteren Entlassungen führen werden, so lautet unsere Antwort: ja, dann laßt uns doch die politische Lösung erkämpfen! Von verschiedenen Belegschaften ist sie schon klar genannt worden: **Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie.**

Die Durchsetzung der Verstaatlichung dieses Industriezweiges würde unsere gemeinsame Front gegen das Finanzkapital und seine Politiker stärken. Eine Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie muß verbunden sein mit der Garantie für die vorhandene Anzahl von Arbeitsplätzen. Damit wäre in unserem Kampf zu Sicherung der Beschäftigung ein Schritt vorwärts getan.

Stahlarbeiter! Lassen wir nicht die Existenz von Hunderttausenden direkt und indirekt betroffenen Werktätigen in der Hand einiger weniger Finanzhaie liegen, kämpfen wir unabhängig von Weltanschauung, Religion und Parteizugehörigkeit für die Erhaltung unserer Existenz, für Arbeit und Verdienst!

Gewinne mit Stahlaktien

WAZ 21.3.1981

„Während die Beschäftigten der deutschen Stahl-Konzerne um ihre Arbeitsplätze bangen und die Politiker in Bonn und Brüssel nach einem Ausweg aus der Stahlkrise suchen, kam es bei den deutschen Stahl-Aktien in diesem Jahr zu ungewöhnlichen Kursgewinnen. Spekuliert wird auf eine Ertragswende bei den Stahl-Unternehmen in der zweiten Hälfte dieses Jahres. So stiegen von ihrem diesjährigen Tiefststand bis heute Klöckner-Aktien um mehr als 50 Prozent, Krupp-Vorzugsaktien ebenfalls um mehr als 50 Prozent, Hoesch-Aktien um rund 33 Prozent und Thyssen um 24 Prozent. Mit solchen Gewinnen warten die „soliden“ deutschen Aktien nicht auf. Ihre Besitzer können sich freuen, wenn sie an ihren Papieren in den letzten Monaten nichts verloren haben.“

Wer heute Stahl-Aktien kauft, braucht Mut. Er geht ein hohes Risiko ein. Dafür bekommt er die Papiere aber auch entsprechend billig. Denn wird die Wende erst einmal für viele sichtbar, ist die Sahne mit Gewißheit schon abgeschöpft. Einen zusätzlichen Reiz bilden die optisch niedrigen Notierungen. Schließlich erhält man heute eine Hoesch-Aktie im Nominalwert von 50 DM bereits für annähernd 28 DM. Steigt der Kurs nur um etwas mehr als 3 DM, hat sich der Einsatz einschließlich Spesen bereits um 10 Prozent erhöht. Um das gleiche Ergebnis mit der Siemens-Aktie zu erreichen, müßte ihr Kurs um fast 30 DM klettern.

Klöckner legte zwar erstmals seit vier Jahren einen ausgeglichenen Abschluß vor, aber bis zur Dividendenreife scheint es noch ein weiter Weg zu sein. Immerhin dürfte der Klöckner-Konzern dank einer energisch vorangetriebenen Umstrukturierung das Schlimmste hinter sich haben, während Hoesch auch in diesem Jahr noch weitere rote Zahlen schreiben wird.

Zu ihrem früheren Glanz können die Stahl-Aktien erst dann zurückkehren, wenn der Abbau veralteter Kapazitäten fortgeführt und der Aufbau neuer beschränkt wird. Bei dieser Politik könnten sich Angebot und Nachfrage bis 1985 in etwa ausgeglichen haben. „Auf Sicht von vier bis sechs Jahren“, so meint die ADCA-Bank in Frankfurt, „stellen sich die Chancen der Stahlindustrie als verhältnismäßig gut dar“. Dies allerdings nur, falls nicht staatliche Subventionen den Reinigungsprozeß in der europäischen Stahlindustrie verhindern.“

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Stahlkrisenplan der Europäischen Gemeinschaft — Profitsanierung für die Stahlkonzerne

Am 3.3.1981 vereinbarten die EG-Wirtschaftsminister, daß in den nächsten vier Jahren 40 Millionen Jahrestonnen Rohstahlkapazität stillgelegt werden sollen. Damit wird die im Jahre 1980 „verordnete manifestierte Krise“ konsequent zu Ende gedacht. Während der Zeit dieser Krise wird den einzelnen Konzernen genaue Vorschrift gemacht, was und wieviel sie von welchen Stahlprodukten produzieren können.

Der Ministerrat beschloß am 4.6.1981, diese Krisenmaßnahmen weiterlaufen zu lassen. Ursache war nicht zuletzt, daß die zwölf größten Konzerne der EG die Verlängerung über den 30.6.1981 hinaus beantragt hatten — waren sie sich doch „freiwillig“ nicht einig geworden, wer in Zukunft was und wieviel produzieren sollte.



Die Europäische Kommission schreibt in ihrer Begründung für die seit Ende 1980 gültigen Zwangsmaßnahmen: „...die Kommission hat zu ihrem Bedauern feststellen müssen, daß die Stahlhersteller der Gemeinschaft sich nicht mehr an eine freiwillig eingegangene Disziplin halten wollten, und zwar hauptsächlich wegen eines gegenseitigen Mißtrauens untereinander. Die daraus resultierende (entstehende) Unsicherheit macht es den Unternehmen unmöglich, vernünftige Produktionsprogramme aufzustellen.“

In anderen Worten: Die hemmungslose Konkurrenz der Stahlkonzerne untereinander um einen möglichst hohen Markt — und damit Profitanteil, um eine höchstmögliche Auslastung ihrer Kapazitäten führte zu chaotischen Verhältnissen, zu einem Kampf der Profitheie jeder gegen jeden.

Hintergrund ist der von der EWG geplante Abbau der Kapazitäten in der Stahlindustrie um 30 bis 40 Millionen Tonnen Jahresproduktion (siehe die folgende Auslastungstabelle).

Entwicklung der Rohstahlkapazitäten im Vergleich zu der tatsächlichen Erzeugung

Europäische Gemeinschaft			
	Erzeug.- Möglichkeiten	tatsächliche Erzeugung	Auslastungs- grad in %
1970	126 635	109 203	86,2
1971	135 105	103 376	76,5
1972	138 765	113 147	81,5
1973*	173 805	150 015	86,3
1974	178 930	155 526	86,9
1975	190 053	125 560	66,1
1976	197 611	134 034	67,8
1977	199 900	126 065	63,1

* ab 1973 Europa der Neun

Bundesrepublik Deutschland

	Erzeug.- Möglichkeiten	tatsächliche Erzeugung	Auslastungs- grad in %
1970	53 100	45 041	84,8
1971	57 875	40 313	69,7
1972	57 000	43 705	76,7
1973	58 800	49 521	84,2
1974	60 415	53 232	88,1
1975	62 859	40 415	64,3
1976	65 806	42 415	64,3
1977	67 700	38 985	57,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, Außenstelle Düsseldorf.

Dies soll vor allem auf dem Rücken der Stahlarbeiter in ganz Europa durchgeführt werden — geplant ist die Vernichtung von über 140 000 Arbeitsplätzen innerhalb der EWG bis 1984.

Dabei wurden bereits von 1974 bis 1978 über 120 000 Arbeitsplätze vernichtet — so zum Beispiel von Ende 1974 bis zum 3. Quartal 1980 in Belgien und Frankreich 26 Prozent, in Luxemburg 27 Prozent, in Großbritannien 39 Prozent der Arbeitsplätze. In der westdeutschen Stahlindustrie 15 Prozent und speziell bei den Hoesch-Hüttenwerken 5000 Arbeitsplätze allein im Arbeiterbereich — von 22 500 Arbeitern 1974 auf 17 500 Ende 1980 — davon 2000 allein 1980!

Zwar existiert seit einigen Jahren ein sogenanntes Sozialprogramm der EWG — dies sieht unter anderem vor:

- Herabsetzung des Rentenalters,
- Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit
- Aufbau einer 5. Schicht,
- Begrenzung der Überstunden.

Aber all diese Maßnahmen sind mehr oder weniger Papier geblieben — ihre Umsetzung scheiterte nicht nur am Widerstand der Stahlbarone der EWG, sondern speziell auch hier in Westdeutsch-

land an der Weigerung der Bundesregierung, solche Maßnahmen — wie zum Beispiel die Senkung des Rentenalters für Stahlarbeiter auf 55 Jahre — per Gesetz einzuführen und zu finanzieren.

Die Europäische Kommission sieht sehr deutlich, welche Schwierigkeiten es bei einer fortdauernden Weigerung der Politiker geben wird. So heißt es in ihrer Stellungnahme zur Einführung der vorgeschriebenen Quoten:

„Gegenwärtig ist das Wirtschaftswachstum unzureichend, die kurz-, ja selbst mittelfristigen wirtschaftlichen Aussichten sind ungünstig, die Gemeinschaft hat schon fast acht Millionen Arbeitslose, und es braucht Zeit, um neue Wirtschaftstätigkeiten aufzubauen; es sind viele Bedingungen zu erfüllen, damit der Prozeß er-

folgreich abgeschlossen und eine brauchbare Alternative, vor allem in Gebieten mit monoindustrieller Struktur, gefunden wird.

Daher empfiehlt es sich..., auch ausreichende Finanzmittel bereitzustellen..., denn Massenentlassungen und Kurzarbeit können das wirtschaftliche und soziale Klima verschlechtern und sogar ernsthafte soziale Konflikte mit allen ihren Folgen für die... Gesellschaft in ihrer Gesamtheit hervorrufen.“

Nur wie die Praxis zeigt, schenkt uns Arbeitern und kleinen Angestellten keine Regierung, kein Stahlkonzern irgendetwas — es sei denn wir erkämpfen es! Genauso ist es doch unseren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern der EWG gegangen — die dort gezahlten Gelder aus öffentlichen Kassen sind doch nur durch die Aktivitäten und Kämpfe der Belegschaften erreicht worden.

Gerade hier zeigen auch die Erfahrungen der beiden größten in den letzten Jahren durchgeführten Streiks in der europäischen Eisen- und Stahlindustrie — die Streiks um Arbeitszeitverkürzung in Westdeutschland und in Großbritannien — was Aufgabe der europäischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist: Nicht Hoffen auf Einsicht der Stahlbarone, Großzügigkeit der Regierungen, oder gar das Unterstützen der jeweils eigenen Stahlmonopole im Kampf gegen die anderen — nach dem Motto — laßt die jenseits der Grenzen doch verrecken —, sondern:

Einheitlicher Kampf der europäischen Stahlarbeiter gegen die Monopole der europäischen Eisen- und Stahlindustrie, die ja untereinander mannigfach versippt und verschwägert sind! Dann ständen unsere berechtigten Forderungen auch nicht mehr nur auf dem Papier, sondern wären in der Praxis umzusetzen! Arbeitsplätze können wir nicht im Kampf einer Belegschaft gegen die andere, sondern aller Belegschaften gegen die Konzerne durchsetzen.

Die in den letzten Tagen bekanntgewordene „Einigung“ der 15 größten Stahlkonzerne der EWG über „freiwillige“ Beschränkungen der Produktion bringt vor diesem Hintergrund für uns Stahlarbeiter sicher nichts Gutes — ihr Interesse ist Abbau von Arbeitsplätzen, zur Profitsanierung — unser Interesse ist Erhalt von Arbeitsplätzen — dazwischen kann es keine „Einigung“ geben — entweder sie setzen sich durch — oder wir!

Informiert euch über die KPD

Schickt mir bitte kostenlos

- ☐ Programm
- ☐ Statut
- ☐ Broschüre „Was will die KPD?“
- ☐ „Roter-Morgen“-Probenummer
- ☐ Flugblätter
- ☐ Besucht mich bitte einmal.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

„Alle Räder stehen still, wenn unser starker Arm es will“



Dies ist eine alte Erfahrung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Der selbstbewusste Hinweis auf den starken Arm der Arbeiterklasse deutet schon an, daß jeder Streik auch immer eine gewisse Bedrohung der Kapitalistenherrschaft in sich birgt.

In der derzeitigen Lage in der Eisen- und Stahlindustrie stehen sich zwei Ansichten in der Frage, wie es weitergehen soll in der Verteidigung unserer Arbeitsplätze, gegenüber.

Auf der einen Seite die Vertreter der Sozialpartnerschaft, die sich gerne als die Realisten bezeichnen — sie vertreten wie zum Beispiel Eugen Loderer in einem Brief an den Mannesmann-Boß Overbeck: „Die IG Metall verlangt von keinem Unternehmer die Aufrechterhaltung einer Produktion, wenn diese zu permanenten Verlustgeschäften führt.“ Oder zum Beispiel Werner Dieterich, 1. Bevollmächtigter der IGM in Dortmund, der in einem Interview auf die Frage, ob die IGM dem Konzept des Vorstandes zum Abbau von weiteren 7000 Arbeitsplätzen zustimmen würde, sagte: „...Ich halte es für notwendig, daß verlustträchtige Produkte abgebaut werden und neue, zukunftsweisende im Zusammenhang mit einem hochmodernen Stahlwerk produziert werden. Wenn die damit verbundene Reduzierung der Belegschaft verknüpft ist mit einem Sozialplan, der soziale Härte verhindert, sage ich auch dazu ja, weil ich das als die einzig mögliche Lösung ansehe...“. Alle die Arbeitnehmer — es ist mir bewußt, was ich nun sage —, die bei Hoesch freigesetzt werden, kann der Dortmunder Arbeitsmarkt nicht aufnehmen, sie werden arbeitslos. Aber ich sehe in der Ordnung, in der wir leben, keinen anderen Weg.“

Das heißt im Klartext — man verhandelt in Bonn und Düsseldorf noch ein bißchen um Gelder für Hoesch, ist aber im Prinzip bereit, dann das Vernichtungsprogramm hinzunehmen — denn, so



sagt W. Dieterich weiter: „In der Ordnung, in der wir leben, kann das (die Verhinderung des Todes von Dortmund, die Red.) mit einem klassischen Streik nicht erkämpft werden. Wenn der Bundestag unserem Anliegen (Überführung von Hoesch in Gemeineigentum) nicht folgt, wäre ein Streik ein politischer Streik gegen die Regierung. Und das gibt es in dieser Ordnung nicht. Wir erkennen die parlamentarischen Beschlüsse an.“

Sich an diese Linie haltend, haben die montanmitbestimmten Aufsichtsräte in den letzten Maitagen bei Estel-Hoesch dem Vernichtungsprogramm von Rohwedder und der Deutschen Bank einstimmig zugestimmt.

Die andere Seite, viele aktive Gewerkschafter, oppositionelle Kollegen in den verschiedensten DGB-Gewerkschaften, und auch wir Kommunisten meinen allerdings, daß man die Zusammenhänge doch so sehen muß:

Gegenwärtig rollt eine große Rationalisierungswelle durch die Betriebe. Der Abbau relativer Überkapazitäten und die Einführung neuer Technologien gehen einher mit dem sogenannten „Ausdünnen“ der Belegschaften, mit Massenentlassungen und Stilllegungen. Die bürgerlichen Experten streiten sich darum, ob am Ende dieser Entwicklung ein Arbeitslosenheer von drei oder fünf Millionen Kolleginnen und Kollegen stehen wird.

Ob die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften eine solche Entwicklung hinnehmen oder ob sie alle Kräfte zum Kampf dagegen mobilisieren das ist die Frage, um die es in Dortmund und im ganzen Land geht.

Gegen das sozialpartnerschaftliche Konzept des Aushandelns von Sozialplänen und ähnlichem — wobei die Frage doch steht, was nützt es dem 35jährigen Stahlarbeiter, wenn er 6000 oder 8000 DM in der Hand hält, aber keine neue Arbeit findet —, müssen die klassenkämpferischen Kräfte die Frage so stellen:

Was, wenn die kapitalistische Wirtschaft weiter in die Krise gerät, wenn die Produktion nicht nur in einigen Klein- und Mittelbetrieben zu „permanenten Verlustgeschäften“ führt, wenn in den industriellen Großbetrieben mit zigtausenden von Arbeitsplätzen, wenn in ganzen Branchen mit Hunderttausenden von Arbeitsplätzen die Bilanzen keine Gewinne mehr ausweisen? Hier im Kapitalismus sind dann Maßnahmen die Folge, die Millionen erwerbslos machen, die die wirtschaftliche Grundlage von ganzen Städten und Regionen zerstören.

Die sozialpartnerschaftliche Orientierung bedeutet das Verdammtsein zum Zuschauen zu dieser Entwicklung, zum „Gesund-schrumpfen“ ganzer Branchen, zur „Freisetzung“ der überflüssigen Arbeiter.

• Wir Kommunisten meinen:

Gerade die derzeitige Krise in der Stahlindustrie zeigt, daß nicht in erster Linie der ökonomische Druck auf den einzelnen Konzern, sei es hier in Dortmund auf Estel, sei es in Duisburg und Bochum auf Krupp für einen Kampferfolg zur Sicherung von Arbeitsplätzen entscheidend ist, sondern daß gerade der von W. Dieterich — Mitglied des Vorstandes der IGM — abgelehnte politische Druck von Streiks und Betriebsbesetzungen es ist, durch den die Stahlarbeiter in der Lage sind, ihre Forderungen nach Erhalt der Arbeitsplätze durchzusetzen.

• Wir Kommunisten meinen:

Gerade in der jetzigen Krise in der Eisen- und Stahlindustrie ist die Scheidelinie, ob man bereit ist, konsequent dafür einzutreten, daß sich die Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiter verstehen und nicht als gesamtwirtschaftliche Ordnungsfaktoren und Krisenmanager für die Unternehmer, an der Frage zu ziehen: Tritt man dafür ein, daß zur Durchsetzung der Forderung „Erhalt der Arbeitsplätze“ gestreikt wird, oder ist man dagegen.

• Wir Kommunisten meinen:

Nicht das ökonomische Risiko, sondern die in einem solchen Streik in Betriebsbesetzungen und Massendemonstrationen zum Ausdruck kommende Kraft der Arbeiter — also das politische Risiko für die Herrschenden — kann die Kapitalisten zum Rückzug zwingen!

• Wir Kommunisten meinen allerdings auch:

Diese Wirtschaftsordnung ist vom Grundsatz her nicht in der Lage uns auf Dauer Arbeit und Brot zu sichern. Deshalb treten wir auch ein für ein sozialistisches Deutschland, in dem die Arbeiter selbst Herr im Hause, selbst die Herrn der Produktion und des Staates sind. Das heißt für uns aber auf der anderen Seite nicht nur radikale Anklage gegen dieses überlebte Wirtschaftssystem, sondern konsequenter Kampf in diesem System, gegen die Herrn des Finanzkapitals und ihrer Politiker, um unsere Interessen so weit als möglich durchzusetzen. Wir wollen nicht wie geduldige Lämmer zur Schlachtbank geführt werden, wir sind nicht bereit ohnmächtig und tatenlos der Vernichtung unserer Existenz zuzusehen.

